

# **Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat**

**Protokoll der fünfunddreißigsten Sitzung  
am 09. Oktober 2009, 13.00 bis 17.00 Uhr**

Tagesordnung

## **Schwerpunktthema 1 Bürgergesellschaft 2.0 – vernetzt und engagiert**

- 1.1 **Demokratiopolitische Chancen der Bürgergesellschaft durch Web 2.0**  
Dr. Brigitte Reiser, Nonprofits-vernetzt.de
- 1.2 **Web 2.0 im CC, CC im Web 2.0**  
Peter Kusterer, IBM Deutschland, Leiter Corporate Citizenship und Corporate Affairs

Einwürfe

- 1.3 **Ein kritisches Plädoyer: Die Risiken der neuen Medien für bürgerschaftliches Engagement**  
Dr. Konrad Hummel, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Wissenschaftlicher Referent
- 1.4 **Web 2.0 als Katalysator für Transparenz und Beteiligung**  
Willi Kaczorowski, CISCO Systems, Senior Executive Advisor IBSG Public Sector
- 1.5 **engagiert-in-deutschland – ein Beispiel für den Nutzen von Web 2.0 für bürgerschaftliches Engagement**  
Stefan Meyn, BBE, Redaktionsreferent für „engagiert-in-deutschland“
- 1.6 Aus der Diskussion

## **Schwerpunktthema 2 Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland**

- 2.1 **Zusammenfassung des Berichts zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland des WZB**  
Holger Krimmer, Referent für bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenbüro von Ute Kumpf, MdB
- 2.1 **Kommentar zum Engagementbericht**  
Prof. Dr. Helmut Klages, em. Professor für empirische Sozialwissenschaften an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 2.3 Aus der Diskussion

## **Schwerpunktthema 1**

### **Bürgergesellschaft 2.0 – vernetzt und engagiert**

Innerhalb der vergangenen 15 Jahre hat sich das Internet zu einem Massenmedium entwickelt. Weltweit nutzen mittlerweile 1,23 Milliarden Menschen dieses Medium. In Deutschland beträgt die Onlinequote 73%, wobei der Anteil junger Menschen zwischen 14 und 29 Jahren mit 95% deutlich höher ist als bei älteren Menschen über 54 Jahren (33%). Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass das Internet auch für die Bürgergesellschaft eine große Bedeutung hat. Neben der Information über Homepages und Mail rückt dabei zunehmend das Web 2.0 in den Mittelpunkt. Als „Mitmachinternet“ erlaubt es den Nutzern durch seine interaktiven Elemente wie Wikis und soziale Netzwerke den Austausch untereinander. Mit Blick auf die Bürgergesellschaft stellt sich die Frage, welche Chancen Internet und Web 2.0 für Engagement und Partizipation bieten? Welche neuen bürgerschaftlichen Bewegungen entstehen durch das neue Medium und wo liegen mögliche Risiken für das Engagement?

Diesen Fragen widmet sich der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ im ersten Teil seiner 35. Sitzung. Zu Beginn der Sitzung skizziert Dr. Brigitte Reiser von [www.nonprofits-vernetzt.de](http://www.nonprofits-vernetzt.de) die demokratiepolitischen Chancen des Web 2.0 für die Bürgergesellschaft und plädiert für eine Öffnung des dritten Sektors für das Medium (1.1). Anschließend verdeutlicht Peter Kusterer, Leiter Corporate Citizenship und Corporate Affairs bei IBM, den Nutzen des Web 2.0 für die Gesellschaft und das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen anhand von vier Punkten (1.2). Diese beiden Referate werden durch drei Einwürfe ergänzt. In dem ersten Einwurf zeigt Dr. Konrad Hummel, wissenschaftlicher Referent beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., potentielle Risiken auf, die das Internet für die Bürgergesellschaft mit sich bringen kann (1.3). Daran anknüpfend geht Willi Kaczorowski, Senior Executive Advisor IBSG Public Sector bei CISCO Systems, genauer auf die Transparenz- und Beteiligungspotentiale u. a. durch soziale Netzwerke ein (1.4), bevor Stefan Meyn, Redaktionsreferent für „engagiert-in-deutschland“ des BBE, mit [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) eine neue Austausch- und Beteiligungsplattform für Engagierte Bürger, Organisationen und Unternehmen vorstellt (1.5). Abgerundet wird dieser erste Teil der Sitzung durch Diskussionsbeiträge (1.6) der Mitglieder des Arbeitskreises, die sich mit den Beteiligungspotentialen des Internet, den Chancen des Mediums aber auch dessen Grenzen auseinandersetzen.

#### **1.1 Demokratiepolitische Chancen der Bürgergesellschaft durch Web 2.0**

Dr. Brigitte Reiser, Nonprofits-vernetzt.de

Das Web 2.0 ist wie für die Zivilgesellschaft geschaffen. Es bietet eine neue dynamische Welt für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation. Diese Behauptungen sind einfach aufgestellt. Eine differenziertere Betrachtung verlangt allerdings nach genaueren Fragen: Was genau kann das Web 2.0 für die Zivilgesellschaft leisten? Und warum werden die enormen Potentiale bisher kaum genutzt?

Die neuen Technologien des Mitmachinternets schaffen enorme Chancen für die zivilgesellschaftliche Kommunikation, Partizipation, Vernetzung und Interessenvertretung von Bürgern und Nonprofit-Organisationen (NPO). Bürger können sich auf Plattformen wie [www.betterplace.org](http://www.betterplace.org), [www.reset.to](http://www.reset.to) oder

[www.weltretter.org](http://www.weltretter.org) einbringen, Communities mit Gleichgesinnten gründen, elektronische Petitionen initiieren und unterstützen, online Fragen an Abgeordnete stellen ([www.abgeordnetenwarch.de](http://www.abgeordnetenwarch.de)), im Netz Kampagnen anstoßen und Gelder dafür sammeln. Sie können Flashmobs und Demonstrationen organisieren, ihre Stadtviertel kartieren und soziale Defizite aufzeigen, sodass die Missstände öffentlich werden. Gemeinnützige Organisationen können sich über das Internet nicht nur präsentieren, sondern neue Unterstützer und Partner gewinnen, ihr soziales Kapital ausbauen und die Ressourcenausstattung – nicht nur Geld, sondern auch Ideen – verbessern. Keine Organisation und kein Staat kann diesen weltumspannenden Dialog auf Dauer kontrollieren oder ihm Einhalt gebieten.

Zur Nutzung dieser Potentiale bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Dazu zählt zunächst das Verständnis, dass es sich beim Web 2.0 nicht um komplizierte technische Abläufe handelt, sondern um ein Mitmachinternet, das im Gegensatz zum durch Monolog geprägten Web 1.0 vom Dialog lebt. Weiterhin verlangt es Offenheit, die Ausbildung von gegenseitigem Vertrauen und einen Umgang der Nutzer auf Augenhöhe. Diese Voraussetzungen sind allerdings nicht so hoch, dass sie die Zurückhaltung großer Teile der organisierten Zivilgesellschaft gegenüber dem Web 2.0 erklären könnten. Hier liegt vielmehr die Vermutung nahe, dass nicht Unwissen oder Desinteresse viele Akteure vor dem Mitmachinternet zurückschrecken lässt, sondern die **Angst vor einer Partizipationswelle** durch die Bürger. **Durch das Web 2.0 klopfen Bürger von außen an die kaum geöffneten Türen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Expertenzirkel, die für die Gestaltung des dritten Sektors zuständig sind, und suchen das Gespräch. Dieses Klopfen und der Wunsch nach Dialog findet bisher allerdings kaum Gehör, da die Angst vor einem Kontrollverlust und einer Bedrohung professioneller Standards in vielen gemeinnützigen Organisationen größer ist als die Begeisterung über die neuen Chancen, die das Mitmachinternet für die Zivilgesellschaft bietet.** Eine Öffnung für das Web 2.0 brächte zwangsläufig die Frage mit sich, wie in diesen komplexen, nach außen weitgehend abgeschlossenen Systemen mit den Kommentaren, der Kritik und den Ansprüchen der Stakeholder umgegangen werden soll. Das gilt für die großen Wohlfahrtsverbände in gleichem Maße wie für kirchliche Einrichtungen und die zentralen Akteure der Engagementpolitik. Exemplarisch lässt sich das am „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ des BBE und des BMFSFJ nachvollziehen. Hier spielte das Thema Web 2.0 weder in den zehn Dialogforen eine zentrale Rolle noch wurden die Bürger in die Auswertung der Ergebnisse bspw. über Wikis aktiv eingebunden. Die Veranstaltung atmete den Geist der analogen Welt. Dabei sollten gerade gemeinnützige Organisationen den Dialog vorleben, den sie von den Bürgern erwarten und der für eine vitale, partizipative Zivilgesellschaft lebenswichtig ist.

Durch sein zögerliches Verhalten gegenüber Web 2.0 verbaut sich der dritte Sektor nicht nur eigene Handlungschancen, sondern auch Handlungschancen für diejenigen, für die er Mitverantwortung trägt. Das ist unverzeihlich und ein **Versagen der organisierten Engagementszene**. Gerade weil das Web 2.0 auch für destruktive Zwecke genutzt werden kann, ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche Akteure ins Netz gehen und dieses mit demokratischen Werten besetzen. Statt sich an der Rolle des Staates abzuarbeiten, sollten sich die NPO ihren eigenen Begrenzungen zuwenden. Denn für die defensive Haltung des dritten Sektors ist nicht der Staat verantwortlich, sondern es sind die Zivilgesellschaft und die Organisationen selbst. **Das Internet könnte einen gesellschaftlichen Demokratisierungsschub unterstützen, der auch die zivilgesellschaftliche Funktion der professionellen**

**Dienstleister im dritten Sektor stärken würde. Sie könnten sich – im Sinne eines neuen Leitbilds – zu Orten der Partizipation, zu Schulen der Demokratie entwickeln.** Auf diese Weise können zivilgesellschaftliche Organisationen Kompetenzen entwickeln, die auch in den staatlichen und wirtschaftlichen Sektor hinein reichen und dort einen partizipatorischen Wandel initiieren. Angeregt durch den dritten Sektor könnte sich Government 2.0 vom bloßen Ausfüllen elektronischer Formulare zu einer tatsächlichen Bürgerpartizipation am Regieren ausweiten. Insofern können Dialog und Vernetzung im Web 2.0 die Rolle gemeinnütziger Organisationen gegenüber Staat und Wirtschaft stärken und so dem dritten Sektor mehr Bedeutung und Kraft verleihen. Im Interesse einer starken Zivilgesellschaft kommt dem Staat hierbei die Aufgabe zu, die digitalen Kompetenzen im dritten Sektor zu fördern, damit dieser seine Klientel in die digitale Welt einführen kann.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass das Web 2.0 enorme Chancen für die Zivilgesellschaft birgt. Allerdings muss der Umgang mit dem Medium gelernt werden. Dazu gehört es vor allem, Ängste zu überwinden, auf Augenhöhe zu kommunizieren und Wissen – auch über Organisationsgrenzen hinweg - mit anderen zu teilen. Innerhalb der Bürgergesellschaft braucht es einen breiten Diskurs über die Chancen des Web 2.0 für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation. **Die gemeinnützigen Organisationen haben es mit in der Hand, ob der Graben zwischen dem Engagement-Establishment und Engagierten größer wird oder sich verringert. Unterstützt durch das Web 2.0 kann sich eine aktive Bürgerdemokratie durchsetzen.**

## 1.2 **Web 2.0 im Corporate Citizenship, Corporate Citizenship im Web 2.0** Peter Kusterer, IBM Deutschland, Leiter Corporate Citizenship und Corporate Affairs

Es stellt sich nicht die Frage, ob das Web 2.0 kommt, sondern wer dabei ist. Hier gilt für die Wirtschaft das gleiche wie für die Zivilgesellschaft: Viele Unternehmen können mit dem neuen Medium noch nicht umgehen, sie werden aber nicht umhin kommen, es zu lernen.

Vier Elemente machen das Web 2.0 besonders:

- 1) **Das Web 2.0 schafft Transparenz**, indem es erlaubt, Informationen zu Verschlagworten und zu bewerten, so dass diese bspw. über Suchmaschinen einfacher auffindbar sind. Diese Transparenz ist wichtig, macht aber kontrollierende Instanzen nervös, da Kontrolle häufig auf Herrschaftswissen basiert.
- 2) **Das Web 2.0 hilft, einfach und schnell Allianzen zu schaffen.** Dies geschieht durch Verlinkung, Vernetzung und Verschlagwortung bspw. in Foren.
- 3) **Das Web 2.0 erzeugt eine enorme Wirkung**, indem es die Meinungsbildung unterstützt, Druck erzeugt und soziales Kapital bildet. Mit dieser Wirkung sind alle drei Sektoren, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, konfrontiert und müssen damit umgehen lernen. So gibt es bei IBM ca. 14.000 Blogs und 12.000 Wikis, mit deren Hilfe sich die Mitarbeiter austauschen, Gehör verschaffen und Partizipationsansprüche stellen – auch dort, wo es dem Management nicht gefällt.
- 4) **Im Web 2.0 lernen Jugendliche eine natürliche, nicht auf Hierarchien, sondern auf Augenhöhe basierende Form der Führung.** Genau diese Art

der Führung ist in einer globalisierten (Unternehmens-) Welt gefragt. Um diese Fähigkeiten zu stärken, muss der Staat unterstützt von Unternehmen und Zivilgesellschaft aktivierend tätig werden. Den wichtigsten Ansatzpunkt hierfür bilden die Schulen. Während die durchschnittliche PC-Ausstattung an deutschen Schulen bei 33% liegt, beträgt der OECD-Durchschnitt 55%. Damit befindet sich Deutschland auf dem Niveau eines Schwellenlandes.

Wie unter Punkt drei skizziert, können sich durch das Web 2.0 deutlich leichter Interessengruppen bilden und Meinungen verbreitet werden, die dem Management mitunter nicht genehm sind. **Unternehmen müssen lernen damit umzugehen, indem sie transparenter agieren, aktiv nach draußen gehen und die Beiträge aus den Communities im Sinne konstruktiver Kritik als Potential nutzen. Durch das Web 2.0 werden sich die Organisations- und Entwicklungsprinzipien von Unternehmen nachhaltig verändern.** Das gilt besonders für die Corporate Citizenship-Aktivitäten, wie das folgende Beispiel veranschaulicht.

Die IBM unterstützt den Schulwettbewerb „Alle für EINE WELT für alle“ des Bundespräsidenten. Ziel des Wettbewerbs ist es, den Lernbereich globale Entwicklung im Unterricht aller Jahrgangsstufen zu unterstützen und Kinder sowie Jugendliche für die eine Welt zu sensibilisieren und zu aktivieren. In diesem Jahr können Schüler aus den Klassen 1 – 13 Projekte, d.h. Texte, Filme, Kunstwerke, Theater- oder Musikstücke, Plakate oder digitale Arbeiten, zum Thema nachhaltige Entwicklung einreichen. Die breite Beteiligung der IBM-Mitarbeit an diesem Projekt wäre ohne Web 2.0 nicht denkbar. Zunächst wurden die Mitarbeiter über Emails und Blogs informiert und zum Mitmachen angeregt. Auf die Veröffentlichung haben sich über 500 Mitarbeiter gemeldet. Da der Corporate Citizenship-Verantwortliche nicht über ausreichend Ressourcen für die Organisation verfügt, übernahmen dies die Mitarbeiter selbständig, indem sie sich bspw. über Twitter über Schulen austauschten und sich zu Projektgruppen zusammenschlossen. Auf diese Weise ermöglicht und verstärkt Web 2.0 gelebtes Engagement in Unternehmen.

## Einwürfe

### 1.3 Ein kritisches Plädoyer: Die Risiken der neuen Medien für bürgerschaftliches Engagement

Dr. Konrad Hummel, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Wissenschaftlicher Referent

Dies ist kein Plädoyer gegen Internet und Web 2.0 als Instrument für bürgerschaftliches Engagement. Es ist ein Plädoyer für einen vorsichtigen, hinterfragenden Umgang mit dem Medium.

Internet und Web 2.0 als Medium sprengt klassische Loyalitäten und unterwandert jedes System, seien es nun Staaten, Unternehmen oder Verbände. Das ist zunächst gut so. Mit Blick auf die Bürgergesellschaft bringt die Verbreitung und zunehmende Nutzung des Internets jedoch auch Risiken mit sich, die es zu bedenken gilt:

- 1) Die bürgerschaftliche Alltags- und Demokratiearbeit kann auf lange Sicht nicht ohne moderne Medien gelingen. Das gilt insbesondere für das Internet und somit auch für Web 2.0. Gleichzeitig besteht die **Gefahr, dass sich Freiheit und Verantwortung im Sinne des konkreten sich Einlassens entkoppeln.** Welche katastrophalen Folgen das haben kann, wurde auf dem Gebiet der Wirt-

schaft am Beispiel von Lehmann Brothers deutlich. Im Internet stellt sich die Frage, wer die Verantwortung für das Geschriebene, für den Missbrauch von Daten oder rufschädigendes Verhalten übernimmt. Unzivile Akteure nur durch ein „Besetzen des Raumes“ zu marginalisieren, wie es Frau Dr. Reiser eingangs beschrieb, reicht nicht aus. Die Freiheitscommunity Internet reagiert auf derartige Probleme mit Appellen. Doch diese greifen als Antwort zu kurz. Auch im Internet und Web 2.0 braucht es Kontrolle, Transparenz und Sanktionen.

- 2) **Die schnelle Welt der Medien reduziert Komplexität an der falschen Stelle.** Man überspringt Hierarchien, Institutionen, Willensbildungsprozesse und verstärkt den prinzipiell positiven antifundamentalistischen Charakter. Dies finden allerdings nur die Strukturen gut, die profitieren, nicht diejenigen, denen die Loyalität, Kundschaft oder Mitglieder wegbrechen. Das ist in der Demokratie – etwa bei der langsamen Auflösung von Volksparteien – nicht nur „gut“ und eine Sache von „Meinungsmärkten“. Demokratie bleibt ein komplexer Aushandlungsprozess, der sich nicht immer auf 140-Zeichen-Botschaften reduzieren lässt.
- 3) Virtualität kontra Realität: Wer im Internet ist, kann nicht gleichzeitig den Spalten in die Hand nehmen, um ein Klettergerüst zu bauen. **Virtuelle Dialoge sind wichtig, dürfen aber nicht dazu führen, anderes Engagement zu entwerten – selbst wenn dies nur ungewollt geschieht.**
- 4) **Virtualität ist eine Kompetenz, die zwischen den verschiedenen Milieus völlig ungleich verteilt ist und Ungleichheitszugänge multipliziert. Hier stellt sich eine neue Gerechtigkeitsfrage:** Wer an dem Medium Internet und Web 2.0 teilhaben will, der muss Bildung und eine hohe Sozialkompetenz mitbringen. Die Milieus verändern sich nicht durch das Medium, dafür ist die Erziehung und Bildung entscheidend. Mit Blick auf die Partizipation ist nach wie vor entscheidend, im Leben zu lernen, dass Vertrauen auf Gegenvertrauen stößt. Insofern geht es darum, das Medium im Alltag mit erzieherischen Maßnahmen zu kombinieren.

Das entscheidende Kriterium für die Bürgergesellschaft ist nicht, ob mit dem Internet Informationszugänge schneller gemacht und verbreitert werden. Das ist seit 30 Jahren Web-Entwicklung nicht mehr neu. Die Frage ist, was es mit der realen Bürgergesellschaft macht.

#### 1.4 **Web 2.0 als Katalysator für Transparenz und Beteiligung**

Willi Kaczorowski, CISCO Systems, Senior Executive Advisor IBSG Public Sector

Zunächst wird kurz dargestellt, welche gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen durch das Internet entstanden sind.

##### *Gesellschaftliche Veränderungen*

Heute ist das Internet ein Massenmedium. **Die Onlinequote in Deutschland beträgt 73%. Unter den 14 bis 29-Jährigen, den zukünftigen Verantwortungsträgern, beträgt die Onlinequote sogar 95%.** Sie beziehen ihre Informationen nicht mehr primär über die Tageszeitung, sondern online und organisieren sich in sozialen Netzwerken wie Facebook, Youtube oder StudiVZ. Aber auch ältere Menschen drängen zunehmend ins Internet. So bilden die Silver Server, Menschen über 55 Jahre, die aktuelle am stärksten wachsende Nutzergruppe

### *Technologische Veränderungen*

Das Internet bewegt sich weg von der Textbasierung zu multimedial aufbereiteten Inhalten. So wird sich das Datenvolumen bis zum Jahr 2013 voraussichtlich nochmals um das Fünffache erhöhen, dabei steigt der Anteil von Videos voraussichtlich auf 40%. Mittlerweile geht es nicht mehr darum, Daten nur noch zu vernetzen, sondern diese mit Ideen, Personen und Meinungen so zu verknüpfen, dass daraus ein neuer Diskurs entstehen kann. Diese neue Form der multimedialen Interaktion verläuft durchaus uneinheitlich: 2% der Nutzer sind sehr aktiv und beherrschen die Diskussion, 10% gelten als Lurker, die sich gelegentlich einbringen. Die deutliche Mehrheit (88%) beteiligen sich dagegen nicht aktiv an Debatten, sondern nutzt die Internetangebote und sozialen Netzwerke lediglich als Informationsquelle.

### *Wirtschaftliche Veränderungen*

Die von den Konsumenten ausgehende Tendenz hin zum Web 2.0 wurde von der Wirtschaft in zweifacher Weise aufgenommen. Zum einen begannen Unternehmen Web 2.0-Technologien anzubieten. Zum anderen nutzte die Wirtschaft das Web 2.0 zusehends selbst. So hat Cisco Systems 2008 insgesamt 681 Mio US-\$ durch den Einsatz der Web 2.0-Technologie gespart, da das Wissen von Menschen schneller aufbereitet und aktiviert werden kann und die Bereitschaft der Mitarbeiter steigt, sich im Unternehmen einzubringen.

### *Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz durch Web 2.0*

Wer versucht, einen Haushaltsplan oder gar das Konjunkturprogramm der Bundesregierung nachzuvollziehen, wird an deren Komplexität scheitern. In der Verwaltung gibt es bislang kein großes Interesse daran, die Informationen für die Bürger verständlich aufzubereiten. Daran hat auch das 2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz kaum etwas geändert. Das Web 2.0 bietet völlig neue Möglichkeiten, Verwaltungsdaten wie Haushaltspläne für die Bürger zugänglich zu machen, indem sie multimedial und verständlich aufbereitet werden. Dies setzt allerdings den Willen von Politik und Verwaltung zu mehr Transparenz voraus. Ein positives Beispiel für eine solche neue Offenheit bildet das Dekret „Openness and Transparency in Government“ von US-Präsident Barack Obama. Ziel der Verfügung ist es, alle Verwaltungsorganisationen zu einem möglichst transparenten Arbeiten zu bewegen.

**Dort, wo dieser Willen seitens der Politik und Verwaltung nicht vorhanden ist, kann und wird das Web 2.0 dazu beitragen, aus dem aktivierenden Staat einen durch die Bürger aktivierten Staat zu machen.** Wie eine solche Aktivierung aussehen kann, lässt sich anhand des folgenden Beispiels nachvollziehen: In dem Portal fix-my-street ([www.fixmystreet.com](http://www.fixmystreet.com)) können Bürger in Großbritannien unbürokratisch und einfach online angeben, wo sie in ihrem Wohnviertel einen Schaden wie kaputte Gehwege, funktionsunfähige Laternen oder Graffiti festgestellt haben. Die Verwaltung nimmt die Meldung auf, reagiert und teilt dem Bürger ihre Maßnahme mit. In Köln existiert mit dem Unortkataster ([www.unortkataster.de](http://www.unortkataster.de)) eine ähnliche Initiative. Wenn sich ausreichend Bürger an derartigen Initiativen beteiligen, kann aus einzelnen Projekten eine Innovationswelle entstehen, welche die Verwaltung zum Umdenken und zu mehr Transparenz zwingt. Auf diesem Wege aktivieren die Bürger durch Web 2.0 den Staat.

## *Selbstorganisation von Interessengruppen und Vernetzung durch soziale Netzwerke*

Die Selbstorganisation von Interessengruppen und Vernetzung durch soziale Netzwerke wird vor allem in den angelsächsischen Ländern vehement forciert. Dort wird davon ausgegangen, dass staatliches Handeln künftig zunehmend von einer Koproduktion von (bürgerschaftlichen) Dienstleistungen flankiert wird. Hierbei vernetzen sich die privaten Koproduzenten selbst, wie das Beispiel der netmums ([www.netmums.com](http://www.netmums.com)) aus Großbritannien zeigt. Im Jahr 2000 schlossen sich junge Frauen über das Internet zusammen, um sich auszutauschen und gemeinsam einige der Probleme von Müttern zu lösen. Daraus ist eine große Internetplattform mit über 500.000 registrierten Müttern entstanden, auf der sich die Mitglieder über lokale Seiten austauschen können. Das Angebot reicht von der Information über Spielplätze über gesunde Ernährung bis hin zu Verabredung mit anderen Müttern. Aufgrund seiner Ausweitung über das gesamte Land und der großen Mitgliederzahl beeinflusst diese bürgerschaftliche Initiative mittlerweile auch politische Entscheidungen. Ohne das Internet und die Beteiligungsmöglichkeiten von Web 2.0 hätte netmums nicht entstehen können. **Insofern ist das Mitmachinternet kein vorübergehender Hype, sondern eine Bewegung, die Innovationen in die Gesellschaft trägt. Mithilfe von Web 2.0 kann die Bürgergesellschaft gesellschaftliche Innovationen initiieren und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten ausbauen.**

### 1.5 **engagiert-in-deutschland – ein Beispiel für den Nutzen von Web 2.0 für bürgerschaftliches Engagement**

Stefan Meyn, BBE, Redaktionsreferent für „engagiert-in-deutschland“

In seinem Vortrag betonte Willi Kaczorowski, dass es bei Web 2.0 vor allem um Transparenz, Vernetzung und Selbstorganisation gehe. Genau die Möglichkeit möchte [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) für die Zivilgesellschaft bieten. **Ziel des vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekts ist es, eine Kommunikationsdrehscheibe für bürgerschaftliches Engagement im Internet zu schaffen.** Um der Vielfalt der Bürgergesellschaft gerecht zu werden, sind an dem Projekt mit dem BBE, dem CCCD, dem Deutschen Verein, dem Institut für Soziale Infrastruktur, meinverein.de, der Sozial-Aktien-Gesellschaft und der Stiftung Bürgermut zahlreiche Akteure beteiligt. Mit ihrem Vernetzungsangebot richtet sich die Plattform an Engagierte (engagementbereite Bürger, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Mitarbeiter von Unternehmen), Engagementförderer (zivilgesellschaftliche Organisationen, Kommunen und staatliche Einrichtungen sowie Unternehmen) und Engagementbegleiter (Politiker, Experten und Journalisten).

Der Web 2.0-Bezug von engagiert-in-deutschland wird deutlich, wenn man das Angebot der Seite betrachtet, das sich in drei Bereiche gliedert:

1. **Information:** Die Nutzer erhalten engagementspezifische Nachrichten, Praxis-hilfen und fachliche Informationen; zudem können sie Hinweise über Veranstaltungen und Wettbewerbe abrufen.
2. **Engagement:** Mithilfe von Engagementbörsen können die Nutzer nach dem Bedarf von Organisationen und Initiativen recherchieren und Zeit-, Geld- oder Sachspenden leisten. Wer nicht das richtige Angebot findet, kann zudem eigene Projekte initiieren und Mitstreiter gewinnen.
3. **Diskussion:** Je nach Interesse kommen die Nutzer mit anderen Engagierten in virtuellen thematischen Räumen zusammen, um über ihr Engagement, dort



auftretende Probleme und mögliche Lösungen oder die Entwicklung neuer Projekte zu diskutieren.

Ein weiteres interaktives, den Austausch förderndes Element bildet die **Exportfunktion der Plattform**. Sie erlaubt es, Inhalte von der Seite zu exportieren und in andere Internetseiten zu integrieren. So könnte beispielsweise der Tierschutzverein spannende Diskussionsbeiträge oder Informationen zu Tierschutz auf seiner Seite einbinden, während die Kommune regionale Engagementmöglichkeiten übernehmen könnte, ohne diese selbst zusammenstellen zu müssen.

Diese Beispiele machen bereits deutlich, dass neben den engagierten Bürgern Organisationen und Unternehmen eine zentrale Rolle spielen. Sie bringen Inhalte, Kontakte, Kompetenzen, Erfahrungen und Vernetzungsmöglichkeiten in das Portal ein. Gleichzeitig bietet ihnen die Seite die Möglichkeit, neue Spender und Aktive zu gewinnen, sich über Konzepte auszutauschen, vom Know-How anderer Akteure zu profitieren, Fachinformationen zu erhalten und sich öffentlich zu präsentieren.

Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Konzeptionsphase, in der Bedarfe des bürgerschaftlichen Engagements analysiert werden und die Technik für die Realisierung der Seite entwickelt wird. Im Dezember 2009 sollen die Teilprojektträger auf engagiert-in-deutschland eingebunden werden, bevor ab Juni 2010 alle Interessierten eine Betaversion der Plattform online nutzen können. Hier wird getestet, welche Elemente gut funktionieren und wo noch Verbesserungen notwendig sind.

## 1.6 Aus der Diskussion

### engagiert-in-deutschland

- Für den Erfolg von engagiert-in-deutschland sind drei Aspekte entscheidend: Erstens müssen nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine größere Offenheit und **Transparenz** gegenüber den Bürgern zeigen. Zweitens braucht die Plattform **Klarheit**, d.h. es bedarf klar formulierter Ziele, leicht zu verstehender Inhalte und einer übersichtlichen Produktpalette. Sonst werden viele Nutzer erst gar nicht den Zugang zu dem Portal suchen. Drittens muss sich engagiert-in-deutschland an den alltäglichen Bedürfnissen der Engagierten orientieren. Eine solche **Alltagstauglichkeit** ist entscheidender als eine umfassende Vernetzung möglichst vieler organisierter Akteure.
- Die Plattform [www.weltbeweger.de](http://www.weltbeweger.de) bildet einen Teil von engagiert-in-deutschland. Sie richtet sich an individuell Engagierte, die nicht über eine eigene Kommunikations- und Informationsinfrastruktur zum Transfer von guten Projektideen verfügen. Technisch zeichnet sich die Seite durch die Kombination der Stärken zweier Web 2.0-Anwendungen aus: Die Schwarmintelligenz eines Wikis wird mit den Interaktions- und Vernetzungsmöglichkeiten eines sozialen Netzwerk kombiniert.

### Internet und demokratische Beteiligung

- Das Internet bedroht nicht per se Parteien und Verbände oder gar die repräsentative Demokratie, sondern es bedroht abgeschlossene Systeme, die keine Bereitschaft zur Öffnung zeigen. **Das Internet und das Web 2.0 werden zu keiner Revolution in Deutschland führen, aber sie erinnern Politik und organisierte Zivilgesellschaft mit Nachdruck daran, dass der Souverän**

**bei Entscheidungen mitdiskutieren möchte und belebt insofern die Demokratie.**

- **Es wäre ein Fehler, die Internetpartizipation gegen die institutionalisierte Partizipation auszuspielen.** Zweifelsohne ist Web 2.0 für die zivilgesellschaftlichen Organisationen ein wichtiger Aspekt. Die hoch organisierten Akteure der Zivilgesellschaft mit ihren oft mehreren 1000 oder 10.000 Mitgliedern verfügen aber häufig über umfangreiche Erfahrungen aus ihrer innerorganisatorischen Partizipationsstruktur, die sie bei der Nutzung dieses neuen Mediums einbringen können.
- Für viele junge Menschen sind Computer und Internet mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, nahezu eine Erweiterung ihres Selbst. Vor diesem Hintergrund scheint die Diskussion über das Für und Wider des Web 2.0 in diesem Kreise überholt. Es wäre fast so, als hätten kluge Köpfe vor 20 Jahren darüber diskutiert, ob Jugendliche Zugang zum Telefon erhalten sollten, da dies auch mit Gefahren verbunden ist. Dabei war dieses Medium für die Jugendlichen bereits Realität. Wenn Verbände, Parteien und Politik diese Realität in Bezug auf Internet und Web 2.0 nicht erkennen, werden sie den Kontakt zu jungen Menschen völlig verlieren.
- Doch auch das Erkennen der oben beschriebenen Realität führt nicht automatisch zu erfolgreichen Web 2.0-Angeboten. So baute Sachsen-Anhalt ein interaktives E-Government-Portal mit wöchentlichen Videobotschaften des Ministerpräsidenten, Diskussionsforen für Gesetze und E-Votes auf, das von den Bürgern allerdings nicht angenommen wurde. Diese Phänomen erklärte Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, damit, dass **Communities im Internet nicht geschaffen werden können, sondern bereits existieren und handeln. Die Kunst sozialer Netzwerke bestehe darin, das Handeln und das im Netz verbreitete Wissen elegant zu organisieren. Soziale Netzwerke sind ein Mittel zur Selbstorganisation.**
- Eine der zentralen Empfehlungen aus dem Bericht „The Power of Information“ der englischen Regierung lautet, dass **der Staat nicht da aktiv werden soll, wo die Zivilgesellschaft bereits aktiv geworden ist, indem sie bspw. Austauschportale oder soziale Netzwerke aufgebaut hat.** So haben sich die Tierschützer, die auf engagiert-in-deutschland zusammen kommen sollen, voraussichtlich schon auf Facebook vernetzt und in dem Berufsnetzwerk Xing gibt es bereits eine Gruppe zu E-Government.

### **Chancen und Risiken des Internet für bürgerschaftliches Engagement**

- Der von Konrad Hummel befürchteten fatalen Entkopplung von Freiheit und Verantwortung steht die große Zahl von Menschen gegenüber, die sich ihrer Verantwortung für publizierte Texte und Diskussionsbeiträge bewusst ist. Darüber hinaus gibt es in den meisten Foren und sozialen Netzwerken Richtlinien und Moderatoren, die Regeln für Beiträge festlegen bzw. die kontrollieren. Es ist richtig, dass die Kommunikations- und Diskussionskultur im Internet noch am Anfang steht und es durchaus negative Auswüchse gibt. Hiervor die Augen zu verschließen, wäre genauso falsch, wie diese Entwicklung zu dämonisieren. Es ist vielmehr ein offener Diskurs notwendig, aus dem heraus sich eine Internet-Diskussionskultur entwickelt.

- **Ein Beispiel für die Selbstregulierungskräfte im Web 2.0:** Als die Plattform Weltbeweger Anfang August 2009 online ging, registrierten sich als erste Mitglieder 47 Aktivisten der Europäischen Legalisierungs Front (ELF), die sich für den freien Konsum von Cannabis-Produkten einsetzt. Nachdem die Betreiber der Plattform nicht selbst auf die „Besetzung“ durch die ELF reagierten, schlossen sich in den darauffolgenden Tagen selbständig andere, der Plattform beitretende Nutzer zu einer Anit-Drogen-Gruppe zusammen. Mittlerweile ist die ELF zwar noch Mitglied bei Weltbeweger, spielt in den Diskussionen aber keine Rolle mehr. Dieses Beispiel illustriert, wie Regulierung aus der Social Community selbst funktionieren kann, ohne dass der Betreiber von außen eingreifen muss.
- Durch Web 2.0 hat sich die Kommunikation verändert. Wurden früher Visitenkarten ausgetauscht und der Kontakt dann online via Mail weiter geführt, so entstehen heute häufig aus virtuellen Begegnungen reale Kontakte. **Anders als durch das Beispiel des Internet, das verhindert, den Spaten in die Hand zu nehmen, suggeriert, ermöglichen Onlinekontakte häufig erst reale Begegnungen und Engagements.** So erlaubte es die Darstellung des Projekts „Kunstkoffer“ aus Wiesbaden auf Weltbeweger bspw., dass dieses Kunstpädagogikprojekt für Kinder in sozialen Brennpunkten mittlerweile auch in Magdeburg, Köln und Stendal umgesetzt wird.
- Die positive Wirkung von Web 2.0 auf das bürgerschaftliche Engagement wird überschätzt, denn ein Großteil der Nutzer ist nach wie vor passiv und konsumiert lediglich Informationen. Zudem fehlt dem Web 2.0 der Reiz der realen Begegnungen und der Gemeinschaft, der für viele, insbesondere ältere Engagierte eine wichtige Motivation für ihre Tätigkeit ist.
- Bei der euphorischen Diskussion über die Potentiale des Internets läuft man Gefahr, mögliche Risiken des Mediums für die Bürgergesellschaft nicht mitzudenken. Hierbei geht es u. a. um die **Frage, inwieweit sich die der Bürgergesellschaft eigene Herrschaftskritik auch im Internet wiederfindet.** Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass Vernetzung im Internet nicht automatisch Engagement bedeutet, kommunizieren nicht unbedingt mit demokratischem Handeln einher geht und die Chancen auch im Internet sehr ungleich verteilt sind.
- **Durch das Internet verändert sich das Verhältnis zwischen Intimität und Öffentlichkeit.** So sind sich viele Nutzer nicht darüber im Klaren, was mit ihren Daten, die sie ins Internet stellen, geschieht und für welche, auch kommerziellen Zwecke sie genutzt werden. Unbedachte Äußerungen oder bloßstellende Fotos sind auch nach Jahren noch im Internet zu finden und können bspw. von einem potentiellen Arbeitgeber gefunden werden. Diese Befürchtung hat durchaus ihre Berechtigung. Zukünftig könnte für den Arbeitgeber allerdings entscheidender sein, ob ein Bewerber in sozialen Netzwerken aktiv ist, als wie er sich in diesen Verhält. Zudem wird die Zahl derer wachsen, die nicht bereit sind, für Arbeitgeber tätig zu werden, die sich an Äußerungen im Internet oder privaten Fotos stören.
- Das Internet bietet den Menschen die Chance, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wie das angesprochene Verhältnis von Intimität und Öffentlichkeit und die mögliche Verschärfung von Ungleichheiten zeigen, birgt es jedoch auch Gefahren. **Aufgabe von Staat, Wirtschaft, insbesondere IT-Unternehmen, und Zivilgesellschaft ist es, die Menschen beim selbstverantwortlichen**

## **Umgang mit dem Medium zu unterstützen und Ausgrenzungen zu verhindern.**

### **Schwerpunktthema 2**

#### **Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland**

Im August dieses Jahres veröffentlichten das Bundesfamilienministerium und das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) den „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“. Der Regierungsbericht mit dem Schwerpunkt familiennahe Dienstleistungen bildet den Vorläufer für die künftig einmal pro Legislaturperiode erfolgende Berichterstattung der Bundesregierung zu bürgerschaftlichem Engagement. Zunächst fasst Holger Krimmer, Referent für bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenbüro von Ute Kumpf, die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts kritisch zusammen (2.1). Anschließend kommentiert Prof. Dr. Helmut Klages, em. Professor für empirische Sozialwissenschaften an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, die Untersuchung, wobei er vor allem die Zurückdrängung des Partizipationsaspekts im Engagementverständnis kritisiert (2.2). Daran anknüpfend folgt eine kurze Diskussion, die sich ebenfalls um Beteiligung sowie die Gefahr der Entpolitisierung des Engagements dreht (2.3).

#### **2.1 Zusammenfassung des Berichts zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland des WZB**

Holger Krimmer, Referent für bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenbüro von Ute Kumpf, MdB

Der „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ ([http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/bericht\\_buergerschaftliches\\_engagement\\_2009.pdf](http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/bericht_buergerschaftliches_engagement_2009.pdf)) ist eine Initiative des BMFSFJ. Er soll den Aufschlag für eine Reihe von Engagementberichten bilden, die sich schwerpunktmäßig mit einem sozialen Thema beschäftigen. Ziel des Berichts ist es nicht nur, den wissenschaftlichen Forschungsstand zu erheben, sondern auch bürgerschaftliches Engagement in der Öffentlichkeit stärker sichtbar zu machen und politisch aufzuwerten. Ergänzend zu den Engagementberichten soll viermal jährlich ein Engagementmonitor erscheinen, der vom WZB publiziert wird. Der erste Monitor untersucht den nationalen und internationalen Stand der Engagementforschung ([http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/monitor\\_engagement2009.pdf](http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/monitor_engagement2009.pdf)). Der vorliegende erste Bericht zu dem Thema Engagement und Familie unterscheidet sich insofern von den zukünftigen Berichten, als dass es sich um eine Auftragsstudie der Bundesregierung an das WZB handelt und nicht um einen unabhängigen Expertenbericht, wie in dem Antrag der Koalitionsfraktionen im Bundestag gefordert (Bundestagsdrucksache 16/11774 vom 28.01.2009, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/117/1611774.pdf>).

**Der Auftrag an die Projektgruppe des WZB lautete, einen allgemeinen Bericht mit dem Schwerpunkt „familiennahe Dienstleistungen“ zu erstellen sowie das bürgerschaftliche Engagement und die Engagementpolitik zu analysieren.**

An diesen drei Punkten orientiert sich die Gliederung des Berichts, dessen wesentliche Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden sollen.

## 1. „Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements“

**Im ersten, allgemeinen Teil wird eine interessante Zweiteilung in das individuelle Engagement und die organisationalen Rahmenbedingungen von Engagement vorgenommen.** Interessant ist diese Aufteilung deshalb, weil der zweite Aspekt bisher nur unzureichend erforscht ist, in dessen genauere Untersuchung aber ein wesentlicher wissenschaftlicher Mehrwert liegt. Allerdings offenbart der Bericht hier gleichzeitig eine Schwäche. Da die Autoren aufgrund des kurzen Bearbeitungszeitraums von eineinhalb Jahren keine Primärerhebung durchführen konnten, ist die Datenlage und damit die gesamte Argumentation für den organisationalen Rahmen recht dünn.

Im Abschnitt zum **individuellen Engagement** wird auf die Engagementquote sowie Bereiche und Trends des Engagements eingegangen. Die Daten hierfür stammen aus verschiedenen Quellen mit Schwerpunkt auf dem Freiwilligensurvey 2004 und dem sozioökonomischen Panel. Insofern überraschen die Ergebnisse mit dem Ost-West-Gefälle, der höheren Engagementquote in kleinstädtischen Regionen und dem Mittelschichtsbias beim Engagement nicht. Auf Grundlage des European Social Service aus dem Jahr 2002 hebt der Bericht anschließend hervor, dass sich Deutschland in Sachen Mitgliedschaft in Vereinen im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld bewegt und bei Beteiligung, Spenden sowie ehrenamtlichem Engagement sogar im vorderen Viertel.

Der Abschnitt zum **organisationalen Engagement** behandelt hauptamtliche Organisationen, Verbände und Vereine, Stiftungen und Bürgerstiftungen, Freiwilligendienste, Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen. Statt einer Trennung nach Organisationsformen wäre es hier aufschlussreicher gewesen, die verschiedenen Bereiche miteinander zu vergleichen, da die Engagements in diesen durchaus unterschiedlich ausgeprägt sind und verschiedene Organisationsformen favorisiert werden. Alternativ hätten alte und junge Felder des Engagements miteinander verglichen werden können.

## 2. „Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen“

Zu Beginn des zweiten Teils geben die Autoren zunächst einen Überblick über die Lage von Familien und nehmen eine Bestandsaufnahme von Engagement im Kontext von Familie vor. **Anschließend werden die beiden Handlungsfelder Kinder und Pflege genauer untersucht. Bezeichnenderweise wird hier anhand der bestehenden Angebote und Defizite zunächst eine Bedarfsanalyse für bürgerschaftliches Engagement vorgenommen. D.h. es findet keine Annäherung aus der Perspektive des Engagements, sondern eine sehr stark bedarfsorientierte aus der Perspektive der Politik(bereiche) statt.**

Im ersten Schwerpunktbereich **Kinder und Familie** werden die Aspekte Vereinbarkeit von Engagement und Familie, Familienarmut und Bildungsdefizite beleuchtet. Hier seien zwei interessante Ergebnisse herausgegriffen: Zum einen ist es aufschlussreich, dass sich Frauen in Paarhaushalten weniger engagieren je mehr sie arbeiten, während das Engagement der Männer bei höherem Arbeitsumfang steigt. An diese Erkenntnis wird bei den politischen Empfehlungen dahingehend angeknüpft, als dass **Zeitpolitik für Engagement genderspezifisch gestaltet werden sollte.** Zum anderen wird unterstrichen, dass es zu wenige Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gebe. So sind 36% der Eltern gezwungen, ihre Arbeitszeiten zu reduzieren, weil es keine flexiblen Betreuungsmöglichkeiten gibt.

Insgesamt nimmt die informelle Betreuung in der Familie einen wesentlich größeren Stellenwert ein, als bisher bekannt. Deshalb sollten diese genauer untersucht werden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen die Autoren auch beim zweiten Schwerpunkt, der **Pflege**. Hier wird zunächst die hybride Struktur informeller und formeller Pflege kurz dargestellt. Bevor der Wandel des Pflegebedarfs von derzeit 2,21 Mio. Menschen durch den demographischen Wandel sowie eine Veränderung der Lebensformen skizziert wird. Mit 60 % der Pflegeleistungen ist wiederum der informelle Bereich bedeutender als der formelle; so übernehmen vor allem Partner (50%), Kinder (40%) und Schwiegertöchter (14%) die Pflege.

### 3. Engagementpolitik

Im dritten Teil diskutieren die Autoren zunächst allgemeine Leitlinien und Zielsetzungen der Engagementpolitik, bevor sie auf konkrete politische Maßnahmen eingehen. Dabei deckt der Bericht mit den drei politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, und den zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie den Unternehmen eine erfreuliche Breite an Akteuren ab.

#### **In den allgemeinen Leitlinien für die Politik werden folgende Empfehlungen abgegeben:**

- Die **Zeitpolitik** sollte auf der politischen Agenda nach oben rücken und, wie oben angedeutet, genderspezifisch gestaltet werden;
- **Engagementpolitik als Infrastrukturpolitik** sollte darauf abzielen, die Handlungsmöglichkeiten der Engagierten zu erweitern;
- Da bürgerschaftliches Engagement eine inhaltliche Autonomie braucht, sollte die vor allem **finanzielle Staatsabhängigkeit des Engagements reduziert werden**. Hierzu wird eine Reform des Vergaberechts angeregt;
- Engagementpolitik muss die **Selbststeuerungsfähigkeit und die inhaltliche Autonomie** des bürgerschaftlichen Engagements stärken.

Darüber hinaus enthält der Bericht acht Empfehlungen zur bundespolitischen Engagementförderung. Vier Aspekte betreffen die internen Strukturen der Engagementpolitik, vier beziehen sich auf die inhaltliche Politik.

Die Strukturen betreffend wird gefordert, den Posten eines Staatsministers für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, eine Koordinierungsinstanz zwischen den verschiedenen Ressorts zu etablieren, den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement auch in zukünftigen Legislaturperioden wieder einzusetzen und ihn mittelfristig in einen Hauptausschuss zu verwandeln sowie die Koordination zwischen Bund und Ländern zu verbessern. Inhaltlich wird eine Gesamtstrategie für die Freiwilligendienste, eine Stärkung der Anerkennungskultur sowie der Infrastrukturförderung und der Engagementforschung gefordert.

**Insgesamt bildet der Bericht eine gute Zusammenfassung und Verdichtung der bestehenden Erkenntnisse zu bürgerschaftlichem Engagement und kann die Engagementdebatte ein gutes Stück voranbringen. Kritisch anzumerken bleibt, dass die demokratische Partizipation deutlich zu kurz kommt. Der Bericht fokussiert zu stark auf die Analyse des bürgerschaftlichen Engagements aus Perspektive des Politikfelds Familienpolitik und auf dessen Bedarfe. Dabei wird die Perspektive des Engagements deutlich vernachlässigt. Diese einseitige Betrachtungsweise kann zu dem Schluss führen, Engagement sei**

**nicht Partner der Politik, sondern Ersatzakteur für Politik oder gar Ausfallbürge für staatlich nicht abgedeckte Politikbereiche.** Gerade weil der Bericht empfiehlt, die Autonomie des dritten Sektors zu fördern, müssten die inhaltlichen Zielsetzungen und die Bedarfe der Bürgergesellschaft stärker berücksichtigt werden.

## **2.1 Kommentar zum Engagementbericht**

Prof. Dr. Helmut Klages, em. Professor für empirische Sozialwissenschaften an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Nachdem der Engagementbericht des WZB bereits im BBE-Newsletter vom 20. August 2009 ausführlich kommentiert und gewürdigt wurde ([http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/08/nl17\\_klages.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/08/nl17_klages.pdf)), konzentriert sich dieser Beitrag auf einige Kritikpunkte an dem Bericht.

*Versuch einer Uminterpretation und Entpolitisierung des Engagementverständnisses*

Mit dem Engagementbericht ist es der Arbeitsgruppe des WZB gelungen, die zahlreichen Studien zum bürgerschaftlichen Engagement einer zusammenfassenden Auswertung und Interpretation zuzuführen. Zudem vermochte sie es, von der Datenebene zur wissenschaftlich fundierten Politikberatung vorzustoßen. Auch die damit verbundene Absicht, bisherige Engführungen des Engagementverständnisses zu überwinden, ist grundsätzlich begrüßenswert. Sie wird aber nicht erfüllt, da sich der Bericht an diesem Punkt in Widersprüche verstrickt. Dieser Kritikpunkt lässt sich in Form der folgenden These zuspitzen: **Der Bericht nutzt die Programmatik einer Überwindung bisheriger Engführungen des Engagementverständnisses nicht nur zur Erweiterung des Engagementverständnisses, sondern auch zu seiner Uminterpretation und einschneidenden inhaltlichen Veränderung. Durch die Abwertungen und Benachteiligungen bestimmter Engagementaspekte stellen sich neue Engführungen ein, mit denen der Bericht letztlich seine eigene Zielsetzung der Überwindung von Engführungen konterkariert. Betroffen hiervon ist insbesondere der Aspekt des partizipatorischen, auf Demokratieentwicklung zielenden Engagements.** Dieses wird im Schatten vielfältiger Erweiterungen, Zusammenführungen und Differenzierungen des Engagementverständnisses, die der Bericht vornimmt, abgewertet und tendenziell ausgeblendet. Diese Tendenz zielt in ihrer unmissverständlichen Eindeutigkeit weit über den akzeptablen Rahmen hinaus. So heißt es in dem Bericht: In der bisherigen Diskussion wurde der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements allzu eng „mit Kontexten der politischen Partizipation, Demokratiewahrnehmung und -stärkung verbunden“ (S. 13). Deshalb sei es notwendig, gerade hier eine „Engführung“ zugunsten anderer, bisher vernachlässigter Bereiche aufzusprengen. **Der Bericht schießt bei der Zurückdrängung der bisher scheinbar (!) übergewichtigen Kontexte der politischen Partizipation weit über das Ziel der Überwindung einer Engführung hinaus. Hierbei zeigt sich letztlich eine durchgängige Tendenz zu einem entpolitierten Engagementverständnis.**

*Belege für den Versuch der Entpolitisierung von bürgerschaftlichem Engagement in dem Bericht*

**Zugegebenermaßen gibt es in dem Bericht eine Reihe überzeugend klingender verbaler Bekenntnisse zur demokratischen Funktion des Engagements.** In dem einführenden Kapitel „Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Kontexten“ wird dem Aspekt der „Stärkung der

Demokratie“ sogar ein eigener Abschnitt eingeräumt. **Wer dies als Ankündigung versteht, dass der Bericht sich nachfolgend mit partizipatorischen Engagementansätzen oder -wirkungen befasst, wird allerdings bitter enttäuscht.** So wird der Bereich lokales Bürgerengagement in dem Abschnitt zur „Struktur und Entwicklung des Engagements auf individueller Ebene“ durchgehend ausgeblendet oder durch Zusammenlegung mit anderen Bereichen unsichtbar gemacht. Ähnliches gilt für den Befund des Freiwilligen-Surveys 2004, demzufolge die überwältigende Mehrzahl der Engagierten „die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten“ will und somit ein politisches Potenzial signalisiert. Dieses spektakuläre Ergebnis wird lustlos als Zweizeiler abgehakt, ohne die naheliegende Frage aufzuwerfen, inwieweit das Potenzial in den bestehenden Engagementformen genutzt, ausgeschöpft und weiterentwickelt werden kann.

Dieser Frage wird auch im Zusammenhang mit der Struktur und Entwicklung des Engagements bei zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht nachgegangen, wo sie eigentlich eine zentrale Rolle spielen sollte. Den Autoren des Berichts ist zwar zuzustimmen, wenn sie erklären, dass die „Datenlage für Deutschland außerordentlich unbefriedigend“ sei. Genau an diesem Punkt hätten die Autoren allerdings mehr Energieeinsatz beim weiterführenden Umgang mit den verfügbaren Daten zeigen sollen. Es hätte nahegelegen, die Daten der Freiwilligensurveys, in denen die Organisationszugehörigkeit der Engagierten und der Namen der einzelnen Organisationen erfasst sind, daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie auch demokratisches Potenzial aktivieren. Die tendenzielle Ausblendung des Partizipationsaspekts macht sich bereits bei der Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Bericht bemerkbar. Verbände, Vereine, Stiftungen und Bürgerstiftungen werden zwar ausführlich behandelt, nirgends aber die sehr vielfältigen Organisationsformen diskursiver oder nicht-diskursiver Bürgerbeteiligung. Wer im Text z.B. nach den unterschiedlichen Beteiligungsformen des Agendaprozesses, nach aktuellen Ansätzen zu einem Bürgerhaushalt oder nach dem Bürgerpanel sucht, sucht vergebens, obwohl es hierüber inzwischen eine breite Literatur gibt. **Bereits den bloßen Begriff „Bürgerbeteiligung“ würde man in einem eventuellen Stichwortverzeichnis wahrscheinlich vergeblich suchen, weil er im Berichtstext keine Rolle spielt.**

Diese eklatante Ausblendungstendenz wiederholt sich in dem Kapitel über „Engagementpolitik“. Es heißt hier zwar eingangs nochmals, dass der „politischen Dimension des bürgerschaftlichen Engagements, wie sie mit dem Konzept der ‚kooperativen Demokratie‘ herausgearbeitet wurde, eine zentrale Bedeutung“ zukomme. Dabei bleibt es dann aber auch. Es kommt definitiv nichts nach. Auch bei den Handlungsempfehlungen, die der Bericht anstrebt und liefert, wird das Thema Bürgerbeteiligung weder auf der Bundes- oder Länderebene noch auf der Ebene der Kommunen aufgegriffen, obwohl es auf allen drei Ebenen reichlichen Anlass dazu gegeben hätte. Ähnliches gilt für das Kapitel über die „Forschung für künftige Engagementberichterstattung“, in dem der partizipative Aspekt ebenfalls nicht vorkommt, obwohl der Forschungsbedarf vor allem im Bereich der noch viel zu schwach entwickelten Evaluationsforschung sehr groß ist. **Im Gegenteil wird in diesem Kapitel nochmals betont, dass es notwendig sei, die Auseinandersetzung mit dem Engagement vom Demokratisierungsaspekt auf andere Aspekte zu verlagern. Wobei der die Wohlfahrtsproduktion besonders hervorgehoben wird.**



## *Verbannung des Engagements in die vorpolitische Sphäre?*

Der beschriebene Versuch einer Entpolitisierung des Engagementverständnisses wäre vielleicht nur als Marginalie erwähnenswert, wenn es sich nicht als Einzelsymptom in eine viel breitere Tendenz einordnen ließe. **Diese Tendenz verweist über den Bericht selbst hinaus und lässt sich als eine von mindestens zwei konkurrierenden Aktionslinien und Stoßrichtungen einer grundsätzlichen engagementpolitischen Auseinandersetzung verstehen.**

Belege für diese breiter ansetzende Tendenz lassen sich ohne Schwierigkeit auffinden, und zwar an durchaus signifikanten Orten. So fanden sich einige Ergebnisse des Dialogforums „Engagement in der demokratischen Gesellschaft – Engagement als Partizipation“ des Nationalen Engagementforums in einer Kabinettsvorlage des Familienministeriums nicht wieder, obwohl diese im BBE-Bericht über das Forum ausführlich dokumentiert waren. Interessanterweise handelte es sich hierbei, genau wie im WZB-Bericht, um partizipatorische Engagementaspekte.

Folgt man einer verallgemeinernden Feststellung von Roland Roth in einem gerade veröffentlichten Gutachten für die Bertelsmann-Stiftung, **dann geht es bei solchen Ausklammerungen und den mit ihnen verbundenen Akzentsetzungen um die Durchsetzung einer „eher konservativen“ Sicht des Engagements, die dieses „in die vorpolitische Sphäre des gemeinwohlorientierten Handelns verbannt und dort als subsidiär betrachtet.“ Dieser Sicht stellt Roth eine Gegenposition gegenüber, die Engagementpolitik primär als Demokratiepoltik versteht und die er „stärker im linken Spektrum“ verorten möchte.** Einer anderen Gegenüberstellung zufolge geht es um die Konfrontation zwischen einer „liberalen“ (oder „neo-liberalen“) und einer „republikanischen“ Traditionslinie der Engagement-Diskussion, wobei auch hier die unterschiedliche Gewichtung des partizipatorischen Elements die maßgebliche Scheidelinie bildet.

## *Zivilengagement statt bürgerschaftliches Engagement – mehr als ein Streit um Begriffe*

**Die integrative Linie, die von der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ verfolgt wurde, ihr „inklusives Verständnis“, das - mit den Worten von Embacher und Lang – „viele Engagementformen gelten lässt“, gerät aktuell offenbar unter Spannungsdruck und wird von unterschiedlichen Seiten her explizit oder implizit infrage gestellt.**

Auf einen definitiven Gegenpol zum WZB-Bericht kann man gegenwärtig z.B. in der Dissertation von Oliver Fehren treffen, der den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ inhaltlich voll auf den partizipativen Aspekt zuspitzen will und der nicht-politische Engagementbereiche, die sich unter Begriffen wie „Ehrenamt“ und „Freiwilligenarbeit“ fassen lassen, möglichst aus dem Begriffsfeld des „bürgerschaftlichen Engagements“ eliminieren möchte.

**Auch der WZB-Bericht selbst leistet zu der sich hier andeutenden begriffspolitischen Auseinandersetzung seinen Beitrag, indem er sich an einigen Stellen des Textes umgekehrt für die Ersetzung des - gewissermaßen partizipatorisch kontaminierten - Begriffs „bürgerschaftliches Engagement“ durch den Begriff „Zivilengagement“ stark macht.** Nimmt man den Text des Berichts wörtlich, dann geht es hierbei zwar um nichts anderes als um die Überwindung einer partizipatorischen „Engführung“ des Engagement-Verständnisses, die sich angeblich mit dem Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ verbindet. Vor dem Hintergrund der integrativen (oder „inkluisiven“) Linie der Enquete-Kommission

und angesichts der faktischen Zurückdrängung der politischen Engagementdimension im Berichtstext selbst liegt allerdings ein anderer Schluss nahe: **Es geht um mehr, nämlich um die Absicht, den partizipativen Bereich begriffspolitisch aus dem Kernbereich des Engagements abzuschichten und ihm ggf. das „bürgerschaftliche Engagement“ als Restdomäne zu überlassen.**

An dieser Stelle muss man sich der Herausforderung stellen, den Berichtstext in einen breiteren Zusammenhang einzuordnen. Es kann nicht daran vorbeigesehen werden, dass die Arbeitsgruppe „Zivilengagement“ des WZB mit ihren begriffspolitischen Sezessionserwägungen mit einer begriffspolitischen Linie zusammentrifft, die im Bundesfamilienministerium mit der „Initiative ZivilEngagement“ vertreten wird. In diesem Zusammenhang muss bedeutsam erscheinen, dass sich der WZB-Bericht ausdrücklich als „Vorläufer“ zu einem künftigen „Engagementbericht“ verstehen kann, den die Bundesregierung künftig einmal pro Legislaturperiode erstellen will. Die partizipatorische und nicht-partizipatorische Bereiche gleichgewichtig überspannende Linie, welche die Enquete-Kommission mit der Entscheidung für den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ einschlagen wollte, unterliegt auch von daher einer Infragestellung, die über den WZB-Bericht hinaus verweist. Dass hier Probleme und mögliche Konflikte vorprogrammiert sind, scheint schon deshalb klar zu sein, weil es in engagementpolitischer Hinsicht nicht nur um den zukünftigen Engagementbericht der Bundesregierung, sondern auch um die Definition des in der Diskussion befindlichen Politikfelds „Engagement“ geht. **Ob dieses Politikfeld „bürgerschaftliches“ Engagement oder „Zivilengagement“ (oder vielleicht auch „Bürgerschaftliches und ziviles Engagement“) heißen wird, ist eine Frage, die nicht nur begriffspolitisch relevant ist, sondern vielmehr auch die künftige Schwerpunktbildung bei der Engagementförderung betrifft. Es ist eine Frage, die mit Sicherheit niemanden kalt lassen kann.**

## 2.3 Aus der Diskussion

### Der Aspekt der Partizipation im WZB-Bericht

- Ein wesentliches Arbeitsprinzip der Enquete-Kommission bestand darin, alte und neue Formen des Engagements zusammen zu bringen. Auch wenn dies politisch durchaus umstritten war, kam man letztendlich doch zu dem Schluss, nicht nur die verfassten Formen des Engagements, sondern auch Bürgerinitiativen, Protestbewegungen und Parteien in den Blick zu nehmen. **Es gibt, wie von Prof. Klages beschrieben, eine starke Engführung der Debatte über bürgerschaftliches Engagement. Dies manifestiert sich bspw. an einer Veröffentlichung von den Ministern von der Leyen und Schäuble, in der bürgerschaftliches Engagement auf die Funktion als sozialer Kitt ohne jegliche politische Dimension reduziert wird. Damit jedoch werden der Mitgestaltungsanspruch, der für 95% der Engagierten eine wichtige Motivation ist, und die damit verbundenen Herausforderungen ignoriert, da sie ein politisch nicht gewünschter Unruheherd sind.** Insofern kann der WZB-Bericht als ein Versuch verstanden werden, das Politikum aus dem bürgerschaftlichen Engagement herauszuhalten. Dies ist in der Tat keine Öffnung, sondern eine bedauernde Engführung der Engagementdebatte.
- Während die Enquete-Kommission die Entscheidung vor acht Jahren offen ließ, wie das Feld bürgerschaftliches Engagement versus Ehrenamt definiert werden soll, muss die begriffspolitische Auseinandersetzung nun offensiver gesucht

werden. **Es ist Zeit, sich zwischen einem liberalen und einem solidarischen Modell von Bürgergesellschaft zu entscheiden. Das liberale Modell ist mit seiner Entpolitisierung des Engagements, der Reduktion auf sozialen Kitt und der Indienstnahme für Bereiche, in denen der Staat nicht mehr handlungsfähig ist, nicht wünschenswert, weil es die Bürgergesellschaft überfordert und auf Dauer nicht funktionieren wird. Bürgerschaftliches Engagement kann nur unter den Aspekten Beteiligung und Demokratisierung betrachtet werden. Denn alles andere würde bedeuten, die anpackenden Bürger zu entmündigen. Insofern muss man den Tendenzen vom bürgerschaftlichen Engagement zurück zum Ehrenamt klar entgegenreten.**

- Im WZB-Bericht werden Engagement und Dienstleistung miteinander verwechselt. Auf die Frage, wer die Dienstleistungen angesichts der zentralen Herausforderungen unserer Zeit erfüllen kann, werden nur private Akteure wie Familien oder einzelne Engagierte genannt. Die Rolle der gestaltenden Politik bleibt dabei genauso unklar wie die Rolle der Partizipation.

### **Öffnung der Engagementdiskussion durch Web 2.0**

- Anhand des Berichts und der hier geführten Diskussion wird deutlich, wie der Politikprozess in Deutschland reformiert und geöffnet werden kann. **Die Erstellung des Engagementberichts, dessen Fortschreibung in Form eines Engagementmonitors und die daran anschließende Diskussion könnte genauso im Web 2.0 stattfinden.** Auf diese Weise könnten sich viel mehr Bürger mit ihrem Wissen einbringen und an der Diskussion teilhaben. Sie könnte die Qualität des Berichts verbessern und würde zu mehr Interesse und Transparenz führen. Dieser Ansatz wäre auch für die Fortführung des nationalen Forums für Partizipation und Engagement sinnvoll.
- Bei aller Kritik an den unzureichenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit an dem WZB-Bericht gilt es zu bedenken, dass es sich erstens um einen Expertenbericht und keine Bevölkerungsbefragung handelt. Zweitens war der Bericht als Regierungsbericht angelegt. Die weiteren Berichte zum bürgerschaftlichen Engagement in der 17. Wahlperiode werden offen ausgeschrieben und frei erarbeitet.